

## MEDIENPROGRAMM

### SÜDOSTEUROPA

CHRISTIAN SPAHR

JURO AVGUSTINOVIĆ

DR. VLADIMIR ZLATARSKY

MAI 2015

## Balkanländer: Regierungssprecher zu Expertenbesuch in Berlin

KOMMUNIKATION MIT BÜRGERN, PR-STRATEGIEN, DIE DEUTSCHE MEDIENLANDSCHAFT UND EUROPÄISCHE AUSSENPOLITIK WAREN THEMEN EINER STUDIENREISE

**In dem vom KAS-Medienprogramm Südosteuropa mitgegründeten Berufsverband SEECOM tauschen sich PR-Experten von Regierungen und Behörden aus. Eine Delegation aus sechs Ländern informierte sich in Deutschland, wie Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, die CDU sowie Regierungsstellen und Abgeordnete mit den Bürgern kommunizieren. Zudem bekamen die Sprecher bei ARD und BILD einen Einblick in die deutsche Medienszene.**

Das KAS-Medienprogramm Südosteuropa hat den internationalen Austausch zwischen PR-Experten aus der Politik weiter intensiviert. Ziel ist, die Kommunikation von Politikern noch effizienter, transparenter und bürgernäher zu machen. Das entspricht auch den Zielen und Werten von SEECOM, der zentralen Plattform für Regierungs- und Behördensprecher aus den Balkanländern ([www.seecom.info](http://www.seecom.info)).

SEECOM-Mitglieder und weitere Kommunikationsfachleute folgten nun einer Einladung des KAS-Medienprogramms Südosteuropa und der Stiftungszentrale nach Berlin. Die neun Teilnehmer aus sechs Ländern kamen vom 17. bis 23. Mai mit Politikmanagern, PR-Experten, Abgeordneten und Journalisten zusammen. Das Konzept beinhaltet, neue Ideen für die politische Kommunikation in Südosteuropa zu entwickeln, aber auch Unterschiede zu den Arbeitsbedingungen in Deutschland zu diskutieren.

Im Mittelpunkt des Programms standen vor allem die Kommunikation von Regierung und Behörden in Deutschland, die Online-

Kommunikation und der Umgang mit sozialen Medien. Zudem wurden praktische Aspekte wie die Organisation von Pressestellen und die strategische Kommunikationsplanung sowie ethische Aspekte politischer PR thematisiert. Auch sollte der Blick auf das Rollenverständnis von Kommunikationsexperten im Umgang mit Journalisten und Bürgern gelenkt werden.

Der Leiter des KAS-Medienprogramms Südosteuropa, **Christian Spahr**, zeigte sich zu Beginn besorgt, dass die politischen Ziele der jüngeren EU-Mitgliedsländer und Beitrittskandidaten noch unzureichend nach West- und Mitteleuropa kommuniziert werden. Der Öffentlichkeit in der EU fehle es häufig an Informationen über die Balkanländer und ihre Politik.

### **Mehr Verantwortung für Stabilität – EU bleibt alternativloses Modell**

**Frank Priess**, Stellvertretender Leiter der Hauptabteilung Europäische und Internationale Zusammenarbeit der KAS, ging im Gespräch mit der Gruppe auf die sicherheitspolitische Lage nach den Ereignissen in der Ukraine ein. Die Verantwortung der EU für die Stabilität aller europäischen Länder habe zugenommen. **Jens Paulus**, Teamleiter Europa und Nordamerika, betonte, dass die EU trotz Kritik ein alternativloses Modell für die nachhaltige Entwicklung aller europäischen Länder bleibe. In diesem Zusammenhang sei das Hauptziel der KAS, die Bindungen mit den Kandidatenländern zu stärken. **Anja Czymmeck**, Westbalkan-Verantwortliche im KAS-Europateam, und

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

## MEDIENPROGRAMM

### SÜDOSTEUROPA

CHRISTIAN SPAHR

JURO AVGUSTINOVIĆ

DR. VLADIMIR ZLATARSKY

MAI 2015

Inlandsprogramm-Leiter **Henri Bohnet** tauschten Einschätzungen zur politischen Lage mit den Gästen aus Bosnien-Herzegowina, Bulgarien, Kroatien, Kosovo, Montenegro und Serbien aus. KAS-Presse-sprecher **Matthias Barner** ergänzte, dass die Stiftung mit rund 90 Auslandsbüros gefragt sei als Ansprechpartner für deutsche Medien, die sich für die Entwicklungen in anderen Ländern interessieren.

Bei einem Besuch im Bundespresseamt erfuhr die Delegation, wie die tägliche Kommunikation der deutschen Regierung sowie von Bundeskanzlerin Merkel organisiert wird. Der Stellvertretende Regierungssprecher **Georg Streiter** erläuterte die Aufgaben seiner Behörde und die Zusammenarbeit mit dem Bundeskanzleramt. Zudem präsentierte er den neuen Facebook-Auftritt der Regierung. Diese ist seit kurzem in dem Netzwerk vertreten und managt Bürgerkommentare auf unorthodoxe Weise. Unsachliche Kritik von Internetnutzern wird dabei nicht ignoriert, sondern von dem Social-Media-Team mit Humor und in inoffiziellm Ton beantwortet. „Überall heißt es, füttert nicht die Trolle – aber wir machen es, auf unsere Weise“, erklärte Streiter. So gelinge es, Debatten nicht eskalieren zu lassen und die Basis für ernsthafte Beiträge zu erhalten.

#### **Regierung will herausfinden, was Bürger unter Lebensqualität verstehen**

**Dr. Steffi Augter**, zuständig für politische Planung im Bundeskanzleramt, informierte die Teilnehmer über einen im April 2015 gestarteten Bürgerdialog von Angela Merkel. Die Regierung wolle herausfinden, was für eine Vorstellung von Lebensqualität die Bürger haben und was für sie wichtig sei. Die Erkenntnisse sollen dann in „Indikatoren für Lebensqualität“ münden, an denen sich die Regierungspolitik orientieren werde. Die teilnehmenden Bürger würden zufällig ausgewählt und könnten die Gelegenheit nutzen, um der Bundeskanzlerin wichtige Fragen zu stellen. Laut Dr. Augter soll der Bürgerdialog bis zum dritten Quartal 2016 fortgeführt und die Ergebnisse durch wissenschaftliche

Analysen ausgewertet werden ([www.gut-leben-in-deutschland.de](http://www.gut-leben-in-deutschland.de)).

Hohe Aufmerksamkeit brachte die Expertengruppe einem Termin in der CDU-Zentrale entgegen. Bundesgeschäftsführer **Dr. Klaus Schüler** erläuterte die hohen Zustimmungswerte für CDU-Chefin und Bundeskanzlerin Angela Merkel in der Bevölkerung und diskutierte mit den Gästen die richtige Fokussierung von Kampagnen, auch am Beispiel des Bundestagswahlkampfes 2013. Die CDU wolle die Zeit bis zur nächsten Bundestagswahl nutzen, um sich auch in Politikbereichen weiter zu verbessern, die nicht ihre klassischen Kernthemen sind. Soziale Medien dürften in der politischen Kommunikation nicht getrennt betrachtet werden, sondern müssten mit der Offline-Kommunikation verzahnt sein. Die Strategie sei wichtiger als der Kanal. CDU-Online-Chefin **Anja Pfeffermann** erläuterte neue Akzente der Parteiarbeit mit sozialen Medien. Ein im Trend liegendes neues Instrument seien WhatsApp-Gruppen für Mitglieder und Unterstützer. Bei einem Rundgang durch die Parteizentrale konnten die Teilnehmer dann ihre Facebook-Chronik mit frischen Erinnerungsfotos aktualisieren.

#### **Schon 95 Prozent aller Abgeordneten im Bundestag nutzen soziale Medien**

Der Hamburger Social-Media-Experte **Martin Fuchs** gab den Teilnehmern am zweiten Veranstaltungstag Einblicke in die Web-2.0-Nutzung deutscher Politiker. Demnach haben 95 Prozent der Bundestagsabgeordneten Accounts bei sozialen Medien. 93 Prozent seien auf Facebook aktiv. Die zweitwichtigste Plattform sei Twitter (53 Prozent). Im EU-Parlament twitterten demgegenüber 75 Prozent aller Abgeordneten. Jedes zweite Bundesministerium nutze Facebook, 11 von 14 Ministerien benutzten YouTube und 12 von 14 Twitter. Fuchs meinte, dass ein Facebook-Account ein sehr guter Weg sei, um eine hohe Zahl von Bürgern zu erreichen. Die Präsenz von Politikern in sozialen Medien sei eine zunehmende Herausforderung für die traditionellen Medien in Deutschland. Politiker brauchten

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

## MEDIENPROGRAMM

### SÜDOSTEUROPA

CHRISTIAN SPAHR

JURO AVGUSTINOVIĆ

DR. VLADIMIR ZLATARSKY

### MAI 2015

traditionellen Medien immer weniger, um präsent zu sein.

Ein Teil des weiteren Programms stand im Zeichen der Außenpolitik. **Dr. Joachim Bertele**, Abteilungsleiter für Mittel- und Osteuropa im Bundeskanzleramt, hob zwei Herausforderungen der deutschen Außenpolitik hervor: die Krise in der Ukraine und die Beziehungen zu den Staaten des Westbalkans. Im Detail ging Bertele unter anderem auf die Entwicklungen in Bosnien-Herzegowina, Serbien und Kosovo ein. Serbien und Kosovo hätten Fortschritte bei der Annäherung an die EU gemacht. Bertele äußerte positive Erwartungen zu den Beitrittsverhandlungen mit Serbien, sofern die europäischen Anforderungen umgesetzt würden. Besorgt zeigte sich der Experte über die Lage in Mazedonien. Man hoffe, dass der politische Konflikt in Skopje nicht in einen ethnischen und religiösen Konflikt münde. Bertele fügte hinzu, die Konflikte auf dem Balkan betrafen wegen eines Zuwachses an Migranten auch Deutschland. Eine noch engere Zusammenarbeit sei nötig, um die Herausforderungen zu bewältigen.

**Hans-Joachim Falenski**, außenpolitischer Berater der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, unterstrich, dass alle Länder des Westbalkans EU-Mitgliedstaaten werden sollten, wenn sie die Anforderungen des Beitrittsverfahrens erfüllen. Eine Hauptbedingung für Serbien sei die Verständigung mit Kosovo. Im Kosovo müssten intensivere Reformen durchgeführt werden. Bosnien-Herzegowina müsse einen neuen Weg einschlagen, um sich der EU anzunähern. Deutschland versuche dem Land in jeder Hinsicht zu helfen, doch es fehle oft an Unterstützung vor Ort.

**Gunther Krichbaum**, Vorsitzender des EU-Ausschusses des Bundestags, forderte ebenfalls eine neue Strategie für Bosnien-Herzegowina. Es gebe keine nennenswerte politische, wirtschaftliche und soziale Entwicklung zu verzeichnen. Die Ethnien des Landes seien im politischen und gesellschaftlichen Leben weitgehend getrennt. Zudem sei mehr Stabilität nötig, um internationale Investoren anzuziehen.

Die deutsche Medienlandschaft war ein weiterer Schwerpunkt des Besuchsprogramms. Im ARD-Hauptstadtstudio erklärte Fernsehkorrespondent **Oliver Mayer-Rüth** das Modell der ARD und die Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in Deutschland. Bei der BILD-Zeitung erlebten die Gäste aus Südosteuropa eine Schaltkonferenz der Redaktion mit und diskutierten mit Politik-Chefreporter **Hans-Jörg Vehlewald** über die Themenauswahl und -platzierung.

**Jens Teschke**, zuständig für Strategie und Wissenschaftliche Fachkommunikation im Bundeslandwirtschaftsministerium, und **Norbert Walleit**, Leiter des Berlin-Büros der Stuttgarter Nachrichten, debattierten mit der Gruppe über „Politiker und Journalisten – Wie viel Zusammenarbeit, wie viel Distanz?“. Jens Teschke erklärte offizielle und inoffizielle Regeln im Verhältnis zwischen Pressesprechern und Journalisten in Deutschland. PR-Leute und Reporter sollten sich nicht zu nahe stehen, um beruflich glaubwürdig zu bleiben. Norbert Walleit fügte hinzu, dass Sprecher der Ministerien für Journalisten nicht die wichtigsten Quellen darstellen, da sie Informationen aus verschiedenen Quellen suchten. Journalisten müssten wissen, dass ihre Loyalität nur den Lesern gehöre. Dies sei auch die Basis für ein professionelles Verhältnis zu Politikern.

### Auch künftig Austausch von beruflichem Know-how via KAS und SEECOM

Alle Teilnehmer zeigten sich von den Einblicken ins politische Berlin hoch zufrieden und betonten den Wert der Gespräche für ihre beruflichen Ziele. Die Gruppe äußerte den Wunsch, auch künftig via KAS und SEECOM professionelles Know-how auszutauschen. Das KAS-Medienprogramm wird daher weiterhin eng mit Regierungssprechern zusammenarbeiten, um die Professionalisierung der politischen Kommunikation zu fördern und die europäische Integration der Balkanregion im Kommunikationsbereich zu unterstützen.



Konrad  
Adenauer  
Stiftung

### Impressum

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.  
Medienprogramm Südosteuropa

Bul. Yanko Sakazov 19  
Et. 1, Ap. 2  
1504 Sofia  
Bulgarien

Telefon  
+359 2 942 49-71  
Telefax  
+359 2 942 49-79

E-Mail  
[media.europe@kas.de](mailto:media.europe@kas.de)

Web  
[www.kas.de/medien-europa](http://www.kas.de/medien-europa)